

Stand: 25.06.2026 01:29:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/219

"10H-Regel endlich abschaffen - große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/219 vom 30.01.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 31.01.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/507 des WI vom 14.02.2019
4. Beschluss des Plenums 18/1059 vom 21.03.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

10H-Regel endlich abschaffen – große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach dem Kohle-Kompromiss auf Bundesebene die 10H-Regel in Bayern endlich abzuschaffen und mit klaren Ausbauzielen für die Windkraft gemäß dem Bedarf in den Regionen die großen Chancen für erneuerbaren Energien in Bayern insgesamt zu nutzen und die energiepolitischen Zielsetzungen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist darzulegen, wo die im Koalitionsvertrag erwähnten Ausweitungen des „Süd-Kontingents“ bei Windausschreibungen stattfinden können.

Begründung:

Die Jahre 2013 bis 2018 waren energiepolitisch verlorene Jahre, denn von einem Masterplan für eine Energiewende konnte in Bayern nicht die Rede sein. Es erfolgte kein Zubau an erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Windkraft. Die Nutzungsmöglichkeiten für diese erneuerbare Energie sind deutlich zu verbessern. Hierzu gehört besonders die Abschaffung der 10H-Regelung bei der Windkraft.

Das Energiekonzept „Energie Innovativ“ aus dem Jahr 2011 wurde faktisch aufgehoben. Entscheidungen wie die 10H-Regel widersprechen den damals klar formulierten Ausbauzielen für die Windkraft in Bayern. Seit über fünf Jahren wurde von der Staatsregierung kein einheitliches Konzept mehr vorgelegt, wie sie mit den Herausforderungen der Energiewende im Freistaat Bayern umgehen will. Es werden Einzelbereiche diskutiert, ohne dass es eine klare Aussage für den Fahrplan und die Ziele für die Energiewende in Bayern gibt.

Im Koalitionsvertrag der Staatsregierung wird an der 10H-Regelung festgehalten und sich gleichzeitig für eine Ausweitung des „Süd-Kontingents“ bei Wind- und Photovoltaik-Ausschreibungen eingesetzt. Fakt ist, dass die Zahl neuer Genehmigungsanträge von 400 im Jahr 2013 auf vier Anträge im Jahr 2017 eingebrochen ist.

Die Einigung der Kohlekommission bietet jetzt eine große Chance für den Ausbau der erneuerbaren Energien, denn sie schafft endlich einen festen Rahmen für den Ausstieg aus der Kohle. Die erneuerbaren Energien werden mit Auslaufen der Kohlekraftwerke noch wichtiger. Investoren haben nun mehr Klarheit. Wichtig ist auch, dass beim Ausbau der Erneuerbaren alle Beteiligten den Kompromiss in Zukunft mittragen und die Kosten im Blick behalten.

Jetzt hat die Staatsregierung die Pflicht, endlich den Koalitionsvertrag auf Landesebene umzusetzen und die Rahmenbedingungen zu Gunsten von stärkerer Regionalisierung beim Ausbau der Erneuerbaren zu ändern. Notwendig ist eine regionale Steuerung, die Mindestanteile bei den Ausschreibungen für den Ausbau der Erneuerbaren südlich des

Netzengpasses festzusetzen. Deshalb muss Bayern die Ausbauhemmnisse beim Ausbau der Windenergie beseitigen. Genauso wie bei der Photovoltaik gibt es hierfür noch viele ungenutzte Flächenpotenziale.

Noch in der Plenardebatte zu drei Dringlichkeitsanträgen der Oppositionsfraktionen zur Abschaffung der 10H-Regel vom 25.10.2017 sagte der damalige energiepolitische Sprecher und heutige Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER (Drs. 17/18707):

...„Wir fordern eine feste Quote für den Süden Deutschlands. Wir wollen, dass unsere Stadtwerke wieder zum Zug kommen. Wir wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung beteiligt sind. Stimmen Sie den Anträgen zu, wenn Sie nicht wollen, dass am Ende eine Kupferplatte durch Europa geht! Stimmen Sie den Anträgen zu, damit wir nicht nur Zuschauer an einer HGÜ-Trasse sind! Stimmen Sie zu, wenn Sie für eine lokale und regionale Wertschöpfung sind! Stimmen Sie zu, damit es feste Quoten für den Süden gibt! Stimmen Sie zu, wenn Sie eine feste Quote im Ausbauziel haben wollen! Schaffen Sie 10H wieder ab! Das ist eine unsägliche Regelung, die für die Zukunft nichts bringt. Kinder, die heute geboren werden, werden die Wertschöpfung mit einem Windrad immer als ihre Wertschöpfung ansehen. Es ist nur eine Frage von Generationen. Die heutige Generation kann dem Windrad vielleicht noch nicht so viel abgewinnen. Die Wertschöpfung wird in Zukunft groß sein. Für Strom aus Windrädern, Sonnenenergie und Biomasse wird Ihnen keine Rechnung gestellt werden, da diese Energieträger regenerativ, nachhaltig und klimafreundlich sind. Genau deshalb stellen wir die Anträge in diesem Hause und bitten um Zustimmung.“

gerne hineingehen möchte. Wir müssen aber auch überlegen, wie wir die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass die Fachkräfte mit Freude und Fachlichkeit weiterhin bleiben. Deswegen werden wir in Richtung einer Fachkräfteoffensive diskutieren müssen und darüber, wie wir die Menschen weiter in dem Beruf halten. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass die CSU-Fraktion den entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht hat, dass wir unser Geld in Qualität und in Kostenfreiheit investieren können.

Insofern möchte ich deutlich sagen: Wir werden an dieser Stelle die richtige Gewichtung finden. Wir werden die Maßnahmen miteinander diskutieren, und wir werden es damit schaffen, der Kostenfreiheit und der Qualität Rechnung zu tragen. Das ist die Aufgabe, die all diejenigen übernehmen müssen, die für die Kinder, die Eltern und die Fachkräfte, die ihre Arbeit machen, verantwortlich sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich darf Ihnen jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hagen, Sandt, Fischbach und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Streichung des § 219a des Strafgesetzbuches – Selbstbestimmung der Frau in allen Lebenslagen", Drucksache 18/215. Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 131 Abgeordnete, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4 – Beifall bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/216 – das ist der interfraktionelle Antrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Gegenstimmen! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der AfD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/232 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Enthaltungen! – Fraktion der FDP. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/217 mit 18/220 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. – Damit schließe ich diese Plenarsitzung.

(Schluss: 15:04 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 18/219

10H-Regel endlich abschaffen - große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Diana Stachowitz**
Mitberichterstatler: **Alexander König**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 4. Sitzung am 14. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/219, 18/507

10H-Regel endlich abschaffen – große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander König

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Michael Hofmann

Abg. Manfred Eibl

Abg. Josef Seidl

Abg. Alexander Muthmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

10H-Regel endlich abschaffen - große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss (Drs. 18/219)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 25 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Uns alle eint das Ziel einer Energieversorgung, die sauber, sicher und bezahlbar ist, jetzt und in Zukunft. Ministerpräsident Söder hat am Dienstag vor der IHK sehr richtig angemerkt, dass die Umsetzung der Energiewende noch nicht ganz rund läuft. Das liegt aber sicher nicht nur an Defiziten im Bund, sondern das hat auch damit zu tun, dass das bayerische Energiekonzept "Energie Innovativ" von 2011 noch nicht einmal ansatzweise umgesetzt wurde. Es wurde auch nicht durch ein neues Konzept ersetzt, sondern es werden immer nur Einzelmaßnahmen diskutiert, verworfen, ad acta gelegt und neue diskutiert. Eine Zeitlang wurde propagiert, die Grundlastfähigkeit über Biogasanlagen sicherzustellen. Das war ein sehr innovatives Konzept des ehemaligen Ministers Brunner.

Jetzt sollen es die Gaskraftwerke richten. Die sind zwar weder finanzierbar, noch fliegt das Gas von den Häfen an der Ost- und Nordsee direkt durch die Luft nach Bayern. Das heißt, wir bräuchten einen massiven Bau von Gas-Pipelines. Aber das klingt erst einmal ganz gut. Auch die indifferente Haltung der Staatsregierung zu den HGÜ-Trassen verstärkt die Unsicherheit in der Bevölkerung, wie es nun eigentlich mit der Energiewende weitergehen soll. Die 10-H-Regel, die im Koalitionsvertrag bekräftigt worden ist, erledigt den Windkraftteil von "Energie Innovativ" komplett. Dort waren noch hohe Ausbauziele vorgesehen.

Der Koalitionsvertrag will eine Ausweitung des Süd-Kontingents bei Wind- und Photovoltaik-Anlagen. Das ist sehr löblich. Aber wo sollen bitte die Windräder stehen? Wie stellen Sie sich eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windkraft vor? – Die Genehmigungsanträge für Windkraftanlagen sprechen eine deutliche Sprache: 2013 waren es 400, 2017 nur noch 4.

Mit der 10-H-Regel werden Projekte nicht nur schwieriger gemacht, wie es der Kollege König im Ausschuss gesagt hat, sondern sie werden praktisch verunmöglicht. Der Kohle-Kompromiss gibt zum ersten Mal einen klaren Rahmen für die Energiewende vor. Es ist Aufgabe Bayerns, die Energieversorgung für Menschen und Wirtschaft innerhalb dieses Rahmens auf sichere Beine zu stellen. Minister Aiwanger hat gesagt: So viele erneuerbare Energien wie möglich. Ja, aber das größte Ausbaupotenzial für erneuerbare Energien in Bayern liegt nun einmal bei der Windkraft. Auch das hat "Energie Innovativ" damals sehr richtig festgehalten.

Genau deshalb hat auch der jetzige Staatsminister Glauber am 25.10.2017 im Plenum zu Recht gesagt – ich zitiere:

Schaffen Sie 10 H wieder ab. Das ist eine unsägliche Regelung, die für die Zukunft nichts bringt.

Dem kann ich mich nur anschließen. Ich denke, es gibt auch andere Möglichkeiten, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Kollege König hat im Ausschuss zu Recht darauf hingewiesen, dass meist auswärtige Investoren die Profite abgezogen hätten und dass Nordbayern übermäßig von Windrädern belastet sei. Hier können wir gemeinsam ansetzen. Projekte wie Bürgerwindräder oder Bürgerenergiegenossenschaften müssen stärker unterstützt werden. Wir müssen es schaffen, dass die Wertschöpfung vor Ort gehalten wird. Das hilft der Umwelt und dem Einkommen der Bürger vor Ort.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Annette Karl (SPD): Das heißt, wir brauchen ein Konzept für Bayern mit 10 H, mit regionaler Wertschöpfung, mit Standortvorschlägen für die Erweiterung des Süd-Kontingents. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete. – Als Nächster hat der Abgeordnete Alexander König für die CSU-Fraktion das Wort.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion beabsichtigt mit ihrem Antrag, dass die sogenannte 10-H-Regel wegfällt, und wirft die Frage auf, wie die eben angesprochenen Süd-Kontingente herbeigeführt werden können. Ich darf als Stimmkreisabgeordneter des Landkreises Hof, in dem es mit weit über 100 Windrädern mit Abstand die meisten Windräder gibt, noch einmal kurz ausführen, wie es zu dieser 10-H-Regel kam.

Als bei uns vor vielen Jahren die ersten Reihen von Windrädern entstanden, waren diese Standorte in der Regel völlig unproblematisch. Es gab zunächst keinerlei Proteste seitens der Bevölkerung; jedenfalls keinen nennenswerten Protest, außer dem üblichen Neid, den es natürlich zwischen dem einen Grundstückseigentümer und dem anderen gibt.

Aber mit der Anzahl der Windräder, die hinzukamen, und vor allem mit den immer problematischeren Standorten, die hinzukamen, wuchs auch der Protest der Bevölkerung. Auch die Kommunalpolitiker – einer sitzt da – haben sich dieser Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht angenommen, sondern haben die Goldgräber, die Projektanten und die Grundstückseigentümer, gewähren lassen. Die Interessenkonflikte haben massiv zugenommen. In der Konsequenz gab es keine andere Möglichkeit – jedenfalls wissen wir im Moment noch keine andere –, als diese 10-H-Regel einzuführen. Die 10-H-Regel ist letztlich ein Mittel, den Interessenkonflikt zwischen den Projektanten, Grundstückseigentümern und Investoren auf der einen Seite und den Bürgern, die sich belästigt fühlen, die sich gesundheitlich von Windrädern beeinflusst fühlen

und zum Teil auch einen Eingriff in ihre Eigentumsrechte sehen, auf der anderen Seite, zu lösen.

Das Gesetz sieht eine Evaluation nach fünf Jahren vor, die quasi unmittelbar bevorsteht. Verehrte Kollegin Karl, im Rahmen dieser Evaluation wird man sich die Vor- und Nachteile dieser Regelung ansehen. Man wird überlegen – das wäre unser Ansatz –, ob es vielleicht einen besseren Ansatz gibt, den widerstreitenden Interessen gerecht zu werden und die Bürgerinteressen mit zu berücksichtigen.

Frau Kollegin Karl, liebe Kolleginnen und Kollegen der SDP, aber eines kommt für uns nicht in Betracht: Nämlich die Regelung einfach wegfällen zu lassen, ohne eine andere Regelung herbeizuführen, die diesem Interessenausgleich gerecht wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Ihr Weg, die 10-H-Regel einfach in Wegfall zu bringen, würde diesen berechtigten Interessen der betroffenen Bürger in keiner Weise gerecht werden. Deshalb lehnen wir das ab.

Noch ein paar Sätze zum Thema Bauleitplanung: Wie wir alle wissen, gibt es die Möglichkeit, im Wege der Bauleitplanung in den Gemeinden entsprechende Gebiete auszuweisen und dort Windräder jeder Größenordnung zuzulassen, zu genehmigen und zu bauen. Tatsächlich wissen wir auch, dass davon im Ergebnis faktisch überhaupt kein Gebrauch gemacht wird. Warum? – Zum einen deshalb – das wissen die vielen Kommunalpolitiker hier im Raum –, weil Bauleitplanung in der Regel mühsam und kostenintensiv ist. Zum anderen aber deshalb – das ist der eigentliche und der maßgebliche Grund –, weil es einfach nicht attraktiv ist, an diesen bayerischen Standorten Windräder zu errichten. Warum ist das nicht attraktiv? – Weil andere Standorte, namentlich in anderen Regionen Deutschlands, namentlich in Norddeutschland, wesentlich attraktiver sind, weil es häufiger Wind gibt. Dort rechnet es sich leichter, und dort kann – das gehört auch zur ganzen Wahrheit – die Genehmigungsfähigkeit leichter

herbeigeführt werden. Deshalb ist der Ausbau in Bayern fast zum Erliegen gekommen, wie Sie richtig ausgeführt haben, Frau Kollegin Karl.

Die Frage ist deshalb, was man tun kann, damit mehr regenerative Energieträger genutzt und damit mehr Windräder errichtet werden können. Man muss vor allem – vielleicht sagen Sie ja, dass ich gar nicht so unrecht habe mit meiner Begründung – bei der Attraktivität ansetzen. Das ist das alles Entscheidende. Nur wenn es für die möglichen Projektanten, Investoren usw. wieder attraktiv wäre, würden diese auch hierher kommen – völlig unabhängig von der rechtlichen Regelung. Diese Attraktivität können Sie aber nicht herbeiführen, weil die objektiven Voraussetzungen an anderen Orten günstiger sind. Deshalb – ich komme zu der Frage, die am Ende Ihres Antrags steht – treten wir und auch unser Ministerpräsident Markus Söder, den Sie auch angesprochen haben, dafür ein, dass wir die entsprechenden Energieträger leistungsnah – dort, wo der Strom auch gebraucht wird – haben müssen.

Das wird im Rahmen des Ausschreibungssystems, das auf Bundesebene eingeführt wurde, nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es uns gelingt, für den Süden Deutschlands entsprechende Kontingente zu reservieren. Wenn Sie das gedanklich nachvollziehen und sich vorstellen, es gäbe ein solches Kontingent, dann wäre es natürlich auch attraktiv zu überlegen, ob es nicht in einzelnen Gemeindebereichen doch Flächen gäbe, für die man eine Bauleitplanung für entsprechende Anlagen schaffen könnte.

Kolleginnen und Kollegen, deshalb würde ich Ihnen empfehlen, die Bürgerrechte nicht völlig zu vernachlässigen, sondern mit uns in Berlin – dort sind Sie ja mit in der Regierung – erstens dafür einzutreten, dass ein solches Süd-Kontingent kommt. Zweitens sollten Sie, wenn Sie mehr Windräder haben wollen, bei den Kommunalpolitikern dafür werben zu prüfen, ob eine solche Bauleitplanung im Einzelfall möglich ist. Es soll ja auch Bürgermeister der SPD geben, die sich das auch überlegen könnten. Da können Sie dann auch dazu beitragen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Als Nächster hat der Abgeordnete Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen sammeln Unterschriften und stürmen in die Rathäuser. Sie gehen auf die Straße und fordern dabei klar und deutlich, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und sich für die Natur und das Klima einzusetzen – und das ist dringend nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was macht die Regierung? – Sie bietet Gesprächsformate an. Das ist erst einmal gut. Was macht sie noch? – Sie macht von vornherein klar, dass sie nichts ändern will, und das ist schlecht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das stimmt überhaupt nicht!
Da haben Sie mir nicht zugehört!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, Ihr Handeln ist konzeptlos, wie die Kollegin Karl schon gesagt hat. Es ist saft- und kraftlos. Sie, Herr König, sagen jetzt, Sie träten für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein. – Zehntausende Schüler gehen auf die Straßen. Millionen von Menschen haben sich jetzt hier für den Erhalt der Lebensgrundlagen eingesetzt. Das wischen Sie einfach weg!

Die neue Regierung kündigt jetzt Jugendkonferenzen und Energiegipfel an. Herr Ai-wanger spricht von einem Neustart der Energiewende. Aber – hier ist das große Aber – von Anfang an ist klar: 10 H bleibt. Die Windkraft wird verhindert. Sonne und Wind sind aber die zwei großen Säulen der Energiewelt der Zukunft.

Schauen Sie sich an, was die letzten zwei Wochen in Deutschland war: Wir hatten einen hohen Strombedarf. Allein 65 % des Stroms kamen aus der Windkraft. Atomkraft und Braunkohle gingen in die Knie. Das ist praktizierter Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Ohne Windkraft keine Energiewende. Ohne Energiewende kein Klimaschutz. – So einfach ist das. Dafür brauchen wir keine Gipfel, keine Konferenzen, keine Runden Tische. Wenn die Energiewende in Bayern gelingen soll, dann braucht es eine Gesetzesänderung, mit der 10 H endlich wegkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr König, Sie sagen, in Hof hätten sie die meisten Windräder. Mein Heimatlandkreis Ansbach liegt bei der Anzahl an Windrädern auf Platz zwei. Ich war elf Jahre bei der Unteren Immissionsschutzbehörde in Ansbach tätig. Wir hatten keine Beschwerden über Windkraftanlagen. Ich möchte einmal von Ihnen wissen, wo die vielen Beschwerden sind.

(Alexander König (CSU): Da fragen Sie einmal den Kollegen Adelt von der SPD!
Der kann Ihnen das auch erklären!)

Wir haben bei Biogasanlagen durchaus viele Beschwerden, aber bei der Windkraft sieht das anders aus.

Sie sagen dann noch: In Bayern ist das nicht attraktiv. – Wir haben mittlerweile technologische Anlagen – das sind Leichtwindanlagen –, mit denen Sie bei 5,5 Metern pro Sekunde 10 Millionen Kilowattstunden erzeugen können. Sie sagen aber einfach, das sei nicht attraktiv, das Ganze solle in den Norden hinauf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir werden bei der Erzeugung des Stroms eine Riesen-Lücke haben, aber das ist Ihnen egal.

Seit Jahren erzählt die CSU, die Kommunen könnten 10 H doch umgehen. Heute haben Sie zumindest zugegeben, dass das mit den Bebauungsplänen nicht klappt; das ist schon einmal ein deutliches Zeichen. – Seit Jahren sagen Sie das, seit Jahren passiert nichts. Wie Frau Karl es bereits gesagt hat: acht Genehmigungsanträge – das hat jetzt meine Schriftliche Anfrage vom 5. Februar ergeben –, hatten wir in 2017, acht Genehmigungsanträge in 2018. Die Jahre zuvor hatten wir Hunderte. Die Genehmigungsbehörden konnten sich dann aussuchen, wo das genau hinpasst, und dort wurden die Anlagen errichtet.

Sie haben die Windkraft nun fünf Jahre lang schlechtgeredet. Sie haben sie madig gemacht. Sie haben die Sinnhaftigkeit untergraben. Wir brauchen jetzt keinen Leitfaden, wie die Kommunen 10 H umschiffen können. Sie müssen den Riesen-Scherbenhaufen zusammenkehren und ein klares Signal setzen: Sonne und Wind sind die zwei großen Säulen der Energieversorgung der Zukunft. Windkraft ist erwünscht. Windkraft ist in Bayern erwünscht. Nur mit ihr erreichen wir die einzuhaltenden lebenswichtigen Klimaziele.

Schaffen Sie 10 H jetzt ab! Setzen Sie ein klares Signal. Die Energiewende in Bayern funktioniert nur mit der Windkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Michael Hofmann, CSU.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Stümpfig, sind Sie der Meinung, dass Bauleitplanung so schwer ist, dass sie die Bürgermeister und die Gemeinden überfordert? Sie brauchen das nicht auf jemand anderen zu schieben. Sie haben eine eigene Meinung – hoffe ich doch –, also können Sie das beurteilen.

Wir sprechen in diesem Land auch immer wieder über den Flächenverbrauch, und wir wissen alle miteinander, dass der Großteil dieses Flächenverbrauchs im Rahmen von Bauleitplanung abläuft. Wenn jemand eine Wohnbebauung oder eine Gewerbeansiedlung haben will, wird eine Bauleitplanung angestoßen. Wollen Sie mir jetzt ernsthaft erzählen, dass ausgerechnet bei Windkraftanlagen, die gebaut werden können, die Bauleitplanung so kompliziert ist, dass das nicht möglich ist?

Sie haben Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN in Gemeinde- und in Stadträten. Ich frage Sie: Wie viele Anträge haben denn die GRÜNEN – also Gemeinde- und Stadträte – vor Ort gestellt, um an bestimmten Stellen im Gemeindegebiet letzten Endes eine Bauleitplanung für Windkraftanlagen anzustoßen?

Ein Nächstes: Wenn Sie sagen, die 10-H-Regelung abschaffen zu wollen, dann sind Sie der Meinung, dass die Kommunen nicht mehr mitsprechen dürfen sollen, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Soll es eine übergeordnete Planung geben, bei der die Kommunen letzten Endes das akzeptieren müssen, was in den regionalen Planungsverbänden beschlossen wird? – Genau das gab es in der Vergangenheit auch.

Mich würde also interessieren: Glauben Sie wirklich, dass unsere Bauleitplanung für unsere Gemeinden so kompliziert ist, dass sie damit nicht mehr zurechtkommen?– Ich wundere mich dann, dass wir nach wie vor Gewerbe- und Wohnbaugebiete ausweisen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hofmann, ich bin Mitglied im Regionalen Planungsverband Westmittelfranken. Wir haben in Mittelfranken sehr viele Vorranggebiete ausgewiesen. Das geschah immer in Übereinkunft mit der jeweiligen Gemeinde. Es gibt bei uns in der Region kein Windrad,

(Zuruf von der CSU: Frage!)

das entgegen der Meinung der Gemeinde errichtet wurde. Ich möchte, dass Sie hier endlich einmal aufhören mit dieser Aussage, da würden die Gemeinden übergangen. Das ist einfach falsch. Das ist nicht wahr.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Wie viele Anträge?)

Zu Ihrer zweiten Frage: Ist es denn möglich – ich habe Herrn König zitiert; er hat es selbst gesagt – –

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir haben jetzt die letzten Jahre gesehen, dass das Mittel, um 10 H – –

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Jetzt lassen Sie mich halt einmal ausreden!

Das Mittel, mit dem man 10 H umschiff, ist ein Bebauungsplan. Dieser Bebauungsplan wurde aber – – Ich kann Ihnen die Fälle aufzählen; wir haben vielleicht fünf, sechs, sieben oder acht Gemeinden in ganz Bayern, die das gemacht haben. Die Jahre zuvor hatten wir aber Hunderte von Genehmigungsanträgen.

(Zuruf von der CSU: Frage beantworten!)

Es ist dann ganz klar – und da stimme ich Ihrem Kollegen zu –: Es funktioniert nicht!

(Michael Hofmann (CSU): Aber warum nicht?)

Ihr Kollege sagt, es sei nicht attraktiv genug, weil die Standorte nicht stimmen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Da sage ich Ihnen ganz klar: Wir haben ein massives Problem. 2017 hatten wir noch 30 Terawattstunden Strom aus Atomkraft.

(Zuruf von der CSU: Die Frage beantworten!)

Im Jahr 2018 haben wir

(Zuruf von der CSU: Wie viele Anträge?)

noch 20 Terawattstunden. Bald fällt auch dieses weg.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das heißt, Sie laufen konzeptlos in eine Stromlücke von 30, 40, 50 Terawattstunden hinein, und Sie haben keine Lösung.

(Zuruf von der CSU: Frage beantworten!)

Der Klimaschutz und die Menschen draußen, die demonstrieren, sind Ihnen egal. Das ist verantwortungslose Politik!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Frage beantworten!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächster hat der Abgeordnete Manfred Eibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Stümpfig, bitte erlauben Sie mir noch eine Antwort von meiner Seite. Ich denke, wir haben über die vielen Jahre hinweg mehr Umweltpolitik betrieben, als Sie wahrscheinlich jemals auf die Reihe bringen werden. Das möchte ich Ihnen bloß sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die 10-H-Regel ermöglicht den Kommunen in Bayern in den letzten Jahren schon immer eine Privilegierung nach § 35 des Baugesetzbuchs bzw. können die Kommunen mit der Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen geeignete Windkraftanlagen genehmigen und errichten lassen. Natürlich ist für uns alle nachvollziehbar, dass hier eine bessere Akzeptanz wünschenswert wäre.

Dann würde in den Kommunen – das muss man eindeutig sagen – öfter eine Unterschreitung der 10-H-Regel zum Tragen kommen.

Doch wir alle müssen auch wahrnehmen, dass die anstehende und nachvollziehbare Energiewende nur in einem abgestimmten gesellschaftspolitischen Konsens mit allen Beteiligten erfolgen kann. Der Ausbau gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort verspricht keinen nachhaltigen Erfolg. Was bewegt die Menschen vor Ort? – Das muss man einmal verinnerlichen. Eingriffe in die natürlichen Lebensräume, Gesundheitsrisiken durch Infraschall – wir nehmen diese Bedenken ernst. Mehrere Bundesländer überdenken aktuell die baurechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Errichtung von Windkraftanlagen. Warum? – Wegen der häufig auftretenden Bürgerproteste, die daraus resultieren. Warum wurde bereits die Windenergiepolitik in Dänemark, einem Vorreiterland dahin gehend, überdacht?

Seitens der Staatsregierung haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir uns klar und deutlich für einen Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Dass dies kein einfaches Unterfangen ist, ist uns, glaube ich, allen bewusst und bekannt. Auch weiterhin für den Ausbau der Windkraftanlagen zu stehen, ist nachvollziehbar, und die Möglichkeiten gibt man den Kommunen und Verantwortlichen durchaus.

Ich nenne ein aktuelles Beispiel aus dem östlichen Niederbayern. Dort werden momentan die Planungen zur Errichtung von sechs Windkraftanlagen mit einer Höhe von 230 Metern vorangetrieben. 30.000 m² Waldfläche sind hierfür zu roden. Massivste Bürgerproteste sind die Folgen. Sie sagten "Qual": Die Menschen stürmen die Rathäuser; sie stürmen sie genau wegen dieser Punkte und Einschränkungen.

Natürlich kommt auch immer wieder zum Tragen, man solle doch die Windkraftanlagen den sogenannten benachteiligten Gebieten mit besonderem Handlungsbedarf zuweisen; und das tut mir persönlich ganz stark weh. Wo wären denn diese Gebiete? – Rhön, Frankenwald, Oberpfälzer Wald, Bayerischer Wald. Wir alle wissen, von welchen Problemen speziell diese Regionen gekennzeichnet sind und vor welchen Pro-

blemen sie stehen: fehlende Infrastruktur, Benachteiligung in vielen Bereichen. Ihr Kapital ist heute eine intakte und naturbelassene Umwelt und vor allem das, was sie ganz klar auszeichnet: das intakte soziale Miteinander, das dort gepflegt wird. In diesen Regionen ist man oftmals schon heute rechnerisch energieautark: durch Wasserkraft, PV-Anlagen, Biogasanlagen, Kraft-Wärme-Anlagen. Dort wird sehr viel getan. Als gesetzgebende Institution haben wir nämlich eine verpflichtende Aufgabe, meine Damen und Herren: –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): – dass wir nicht spalten, sondern Gemeinsamkeit und Integration in der Bürgerschaft fördern und unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr richtig! Ja-wohl!)

Mit Ihrem Antrag aber schaffen wir lediglich die Spaltung unserer Gesellschaft, die Spaltung des Miteinanders. Dieses brauchen wir jedoch, und das stärkt Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Eibl. – Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt, Dringlichkeitsantrag Drucksache 18/219, namentliche Abstimmung beantragt hat. – Als Nächster hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Josef Seidl das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Durch die 10-H-Regelung ergibt sich in Bayern eine Bebauungsfläche für Windkraftanlagen mit einer Höhe von circa 200 Metern von circa 1,7 % der Landesfläche, also von ungefähr 1.200 Quadratkilometern. Diese Fläche bietet Platz für circa 200 Windräder

dieser Größenordnung. Die 10-H-Regel ist die einzig sinnvolle Regelung, die uns vor der Willkür der rot-grünen Energiepolitik schützt.

(Beifall bei der AfD)

Denken wir nur an die von Ex-Umweltminister Jürgen Trittin getätigte legendäre Aussage von 2004: "Die Energiewende kostet einen deutschen Haushalt nicht mehr als eine Kugel Eis." Eine Eisdiele wäre mittlerweile näher am Ziel.

(Alexander König (CSU): Der Preis ist entsprechend gestiegen!)

Des Weiteren senken Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe von Immobilien den Grundstückswert erheblich. Eine Enteignungswelle für bayerische Sparer droht. Laut den "Deutschen Wirtschaftsnachrichten" sind Wertverluste zwischen 30 % und 70 % möglich, ganz zu schweigen von den Gefahren für unsere Gesundheit: Eiswurf bis zu 650 m, Schattenschlag und Infraschall, um nur einige zu nennen. 60 % der Luftströmung werden nicht in Strom, sondern in Infraschall umgewandelt. Unhörbarer Infraschall unter 20 Hz hat negative physiologische Auswirkungen auf den Menschen. Es gibt einen Namen dafür: das Windturbinensyndrom. Die Symptome: Schlafstörungen, Schwindel, Übelkeit, Bluthochdruck, Konzentrationsstörungen, Tinnitus, Müdigkeit, Depressionen, Angstzustände und nicht zuletzt Herzrhythmusstörungen. Laut der Initiative Ärzte für Immissionsschutz und Herrn Prof. Vahl, Direktor der Klinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie der Uniklinik Mainz, wurden bei Tierversuchen morphologische feingewebliche Veränderungen des Herzmuskels und des inneren Ohres nachgewiesen. Wir brauchen eine Energiepolitik für die Menschen, nicht gegen sie, und selbstverständlich im Einklang mit Flora und Fauna.

(Beifall bei der AfD)

Womit wir beim nächsten Punkt wären: Mit der Abschaffung der 10-H-Regel wird auch das "Rettet die Bienen!"- respektive Fluginsektenvorhaben ad absurdum geführt. Längst ist das Insektensterben durch Windkraftanlagen belegt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Oh! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Zuhören! – In den 25.000 deutschen Schreddermaschinen finden in der warmen Jahreszeit 5 bis 6 Milliarden Insekten den Tod – pro Tag, meine Herren und Damen!

(Zuruf von den GRÜNEN: Namen! Namen!)

Auch die qualvoll verendenden Raub- und Zugvögel sind als Kollateralschaden nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der AfD)

Die beste Lösung wäre: keine Windkraftanlagen, die zweitbeste Lösung: so wenige wie möglich und weit weg von Siedlungen, wie es durch die 10-H-Regelung einigermaßen gewährleistet ist, zumal der Sinn zweifelhaft ist, solange keine Energiespeicher vorhanden sind und der produzierte Flatterstrom nur zu einer höheren Umlage führt, die der Normalverbraucher zu bezahlen hat, denn wir wissen: Die energieintensiven Unternehmen sind davon ausgenommen. Deshalb, meine Damen und Herren: Rettet die Menschen vor den GRÜNEN!

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Der Antrag ist abzulehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Als Nächster hat der Abgeordnete Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, worüber wir eigentlich sprechen. Es gibt eine bundesgesetzliche Regelung zur Windkraft. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass Windräder im Außenbereich privilegiert sind – also eine prinzipielle Bejahung der Windkraft.

Durch die 10-H-Regelung des bayerischen Landesgesetzgebers hat sich diese Situation verkehrt. Windräder sind nicht mehr privilegiert, sondern als sonstige Vorhaben im Außenbereich prinzipiell unerwünscht. Das ist das Dilemma, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen; und wenn der Kollege König zu wissen glaubt, wo und wie die Bürgerinteressen gelagert sind, dann darf ich Ihnen sagen: Ich bin auch Vorstandsmitglied einer Bürgerenergiegenossenschaft im Bayerischen Wald,

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

und wir sind auch an regionaler Wertschöpfung für Generationen interessiert. Wir sind an Nachhaltigkeit, Klimafreundlichkeit und Energiesicherheit auf Dauer in der Gesamtzusammensetzung und Komposition interessiert, und wir werden auf Windkraft insgesamt nicht verzichten können und nicht verzichten wollen.

Es ist wichtig, dass auch der Gesetzgeber in Bayern deutlich macht, ob er prinzipiell dafür oder dagegen ist. Man muss natürlich auch den Bürgerinnen und Bürgern, die skeptisch sind, was die Standorte der Windkraftanlagen im Einzelfall betrifft, sagen: Wir dürfen nicht so tun, als wenn der Wegfall der 10-H-Regelung ein Verzicht auf alle Bürgerrechte wäre. Ganz im Gegenteil: Wie in allen anderen Genehmigungsverfahren werden die Belange des Immissionsschutzes ernst genommen und durchgesetzt, und es funktioniert auch bei anderen Projektierungsgenehmigungen, den Schutz der Landschaft bzw. des Außenbereiches wahrzunehmen.

(Alexander König (CSU): Das ist jetzt aber eine ganz schwache Begründung! Ganz viele Menschen könnten sich überhaupt nicht gegen die 10-H-Regelung wehren!)

Dass exponierte Lagen, die besonders sensibel sind, was das Landschaftsbild insgesamt angeht, dauerhaft von Windkraftanlagen verschont bleiben, sehen die bisher bestehenden gesetzlichen Vorgaben des Planungsrechtes vor. Darüber hinaus haben die Bürgerinnen und Bürger, vertreten in ihren Gemeinderäten und in den Regionalen Planungsverbänden, selbstverständlich Steuerungsmöglichkeiten,

(Alexander König (CSU): Die werden zum Teil beschissen vertreten!)

ausreichend Schwerpunkte zu setzen und nicht überall Windkraftanlagen zuzulassen. Ich fürchte eine Verspargelung der Landschaft auch ohne 10 H nicht. Deswegen werden wir diesem Antrag mehrheitlich zustimmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Muthmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Nachdem namentliche Abstimmung beantragt ist, die 15-minütige Vorlaufzeit aber noch nicht abgelaufen ist, werden wir hierzu später zur Abstimmung kommen.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den vorherigen Tagesordnungspunkt. Das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/219. betreffend "10H-Regel endlich abschaffen – große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss". Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13:46 bis 13:51 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden ausgezählt. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, ihre Plätze einzunehmen, damit wir die Beratung zügig fortsetzen können.

Vor der nächsten Rednerin gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 18/219, betreffend "10H-Regel endlich abschaffen" bekannt: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 120 Abgeordnete. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.03.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion SPD; 10H-Regel endlich abschaffen - große Chancen für die Windkraft in der bayerischen Energiewende nach dem Kohle-Kompromiss (Drucksache 18/219)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adje Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			X
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	55	120	1